

Antrag Nr. 19-F-03-0009

Grüne

Betreff:

Verbesserung der Verkehrserschließung für Fußgänger am Einkaufszentrum „Am Gückelsberg“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2019 -

Antragstext:

Neubauprojekte, vor allem Einkaufszentren, sind grundsätzlich mit Verkehrsaufkommen verbunden. Jedoch kann durch entsprechende Planungen der Autoverkehr wesentlich reduziert und die Zugänglichkeit für Fußgänger erleichtert werden. Laut dem Pressebericht der Allgemeinen Zeitung vom 01.03.2019 sind auf der Bürgerversammlung am 27.02.2019 in der Ortsverwaltung Kostheim/ Kastel die vorgestellten Planungen für das Einkaufszentrum „Am Gückelsberg“ auf erhebliche Kritik in der ortsansässigen Bevölkerung gestoßen, für die das Bauprojekt eine Verbesserung der Nahversorgung darstellen soll. Die starke Ausrichtung auf den MIV zieht laut den Bürgern zusätzlichen Autoverkehr an, während keine direkten Fußwegeverbindungen nach Alt-Kostheim und in die Gartenstadt geplant sind.

Die Planungen sehen demnach eine Fußwegeerschließung von Alt-Kostheim aus mit erheblichen Umwegen über den Mainzer Weg und die stark befahrene Kostheimer Landstraße vor. Eine Anbindung an die Gartenstadt ist gar nicht vorgesehen. Die aktuellen Planungen stehen somit im Widerspruch zu dem, im Mobilitätsleitbild verankerten und somit von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen, Leitbild der kurzen Wege. Darüber hinaus wird das Bauprojekt seinem Anspruch als Nahversorgungszentrum nicht gerecht, solange kein direkter Durchgang für Fußgänger nach Alt-Kostheim geschaffen wird. Eine Verbesserung der Erschließungsplanung für den nicht-motorisierten Verkehr könnte die Ängste in der Bevölkerung vor zusätzlicher Autoverkehrsbelastung lindern und die generelle Akzeptanz erhöhen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche internen und externen Verkehrsbeziehungen, insbesondere für Fußgänger aus Alt-Kostheim und der Gartenstadt, im Gebiet des Einkaufszentrums „Am Gückelsberg“ geplant sind.
2. ob und wie die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung in die Planungen aufgenommen werden.

Wiesbaden, 20.03.2019

Dorothee Andes-Müller
Fachsprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Max Kendl
Fraktionsreferent